Niederschrift

über die **1.** Sitzung des **Hauptausschusses** am Dienstag, den **02.11.2004, 16.00 Uhr,** im Sitzungssaal des Hauses **Burgstraße 8.**

Anwesend:	Dr. J. Korsten	Bürgermeister
	D. Busch	
	H. Enneper	
	R. Greif	als Vertr. für R. Schulte
	Dr. J. Weber	
	E. Huckenbeck	
	R. Schäfer	
	M. Grüterich	
	T. Klee	
	H. Nahrgang	
	A. Müller	als Vertr. für D. Stark
	L. Witasek	
	K.-H. Fischer	
	U. Brand	als Vertr. für K. Haselhoff
	B. Rüggeberg	
Von der Verwaltung:	R. Meskendahl	
	N.-Ch. Schaffert	
	U. Butz	
	F. Nipken	
	V. Uellenberg	
	R. Voß	
	A. Michaelis	Schriftführerin

Tagesordnung:
(Öffentlicher Teil)

1. Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

1a. Niederschrift über die 21. Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2004
Öffentlicher Teil

2. Bericht zur Haushaltswirtschaft
hier: Bericht über die Entwicklung des Budgets und die Abwicklung der Prioritätenliste 2004 (Vermögenshaushalt)

3. Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2005

4. Gebührensatzung Abfallentsorgung 2005

5. Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung 2005

6. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen 2005

7. Änderung der Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern

8. Vorprüfung der Gültigkeit der Kommunalwahl vom 26.09.2004

9. Änderung der Hauptsatzung

10. Bürgeranregung
hier: Eingabe der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP) vom 01.10.2004

11. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil)

12. Niederschrift über die 21. Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2004 (Nichtöffentlicher Teil)

13. Niederschlagung von Forderungen

14. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vorab wird die Wahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden als Tagesordnungspunkt 1a in die Tagesordnung aufgenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9 hat die CDU-Fraktion zwei Anträge gestellt, die den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegen.

Auf Antrag des Herrn Enneper wird der Tagesordnungspunkt 10 zurückgestellt bis zur nächsten Hauptausschusssitzung.

1a. Wahl der stellvertretenden Hauptausschussvorsitzenden

Herr Enneper schlägt als 1. Stellvertreterin Frau Erna Huckenbeck und als 2. Stellvertreterin Frau Heide Nahrgang vor.

Der Hauptausschuss folgt diesem Vorschlag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Huckenbeck und Frau Nahrgang nehmen die Wahl an.

1b. Niederschrift über die 21. Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2004 (Öffentlicher Teil)

Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

2. Bericht zur Haushaltswirtschaft
hier: Bericht über die Entwicklung des Budgets und die Abwicklung der Prioritätenliste 2004 (Vermögenshaushalt)

Herr Meskendahl erläutert die Entwicklung des Budgets im Verwaltungshaushalt und die Abwicklung der Prioritätenliste 2004 für den Vermögenshaushalt.

Wesentliche Veränderungen zum Haushaltsentwurf sind im Verwaltungshaushalt nicht zu verzeichnen. Allerdings könnte zu Budget Punkt 2010, Allgemeine Finanzen, sowie auch zu Punkt 6003, Planung, Bauordnung, mit Mehreinnahmen gerechnet werden.

Die Baumaßnahmen in der Prioritätenliste werden lt. Herrn Schaffert abgearbeitet, wobei einige Maßnahmen erst verspätet begonnen werden konnten. Weitere Informationen zu Baumaßnahmen wird Herr Schaffert im Bauausschuss geben.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht über die Entwicklung der Budgets des Verwaltungshaushaltes und die Abwicklung der Prioritätenliste 2004 des Vermögenshaushaltes zur Kenntnis.

3. Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2005

Auf die Frage von Herrn Müller, wie sich die in der Kalkulation aufgelisteten Fortbildungskosten zusammensetzen, erklärt Herr Uellenberg, dass es sich zum größten Teil um Seminarkosten für die Mitarbeiter handelt, die für die Veranlagung der Gebühren verantwortlich sind. In diesen Fortbildungsmaßnahmen werden alle Bereiche der Straßenreinigung behandelt.

Herr Müller regt an, Landwirten in den Außenbezirken den Winterdienst zu übertragen.

Es wird bekannt gegeben, dass die Schulwege im Rahmen des Winterdienstes ab 7.30 Uhr gereinigt werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Gebührensatzung Abfallentsorgung 2005

Herr Müller bemängelt die Qualität der Gelben Säcke ebenso wie die Abfuhr des Grünabfalls. Er regt an, über weitere Lösungen für die Grünabfallentsorgung nachzudenken, insbesondere für die Bürger, die größere Gärten zu pflegen haben.

Herr Rüggeberg bemerkt, dass die Gebühren aufgrund der noch vorhandenen Rücklagen nicht erhöht werden mussten. Die Rücklagen seien aber im Jahr 2006 aufgebraucht, so dass dann eine große Erhöhung der Gebühren erforderlich wird.

Bei der nächsten Kalkulation könnte auch nur ein Teil der Rücklagen, wie der Vorsitzende vorschlägt, entnommen werden, so dass eine Steigerung der Gebühren in kleineren Schritten erfolgen kann.

Weiterhin erkundigt sich Herr Rüggeberg über die Laufzeit des Vertrages mit der Fa. Edelhoff. Dieser Vertrag enthält, wie Herr Uellenberg erklärt, eine Kündigungsfrist von 15 Monaten und muss 3 Monate vor Jahresende gekündigt werden. Erforderlich sei anschließend aber eine europaweite Ausschreibung.

Sammelaktionen von Altpapier sind für die Vereine nicht mehr lohnenswert, daher ist hier ein Rückgang zu verzeichnen.

Der Hauptausschuss nimmt die Gebührenkalkulation der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2005 zur Kenntnis. Eine Änderung der Gebührensatzung findet nicht statt.

5. Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung 2005

Die Höhe der Kanalbenutzungsgebühren bleibt, wie auch schon in den Vorjahren 2003 und 2004, konstant. Dies wird erreicht durch die Entnahme aus der Gebührenausgleichsrücklage. Weiterhin erläutert Herr Dr. Korsten die Vorlage.

Herr Rüggeberg bemängelt die Veranlagung der Gebühren für die festen Gruben, die ebenso wie die Kleineinleiterabgabe vorgenommen wird. Daher wird er der Satzung nicht zustimmen.

Herr Uellenberg gibt bekannt, das ca. 25 – 30 Regenwassernutzungsanlagen in Radevormwald in den Neubaugebieten gebaut wurden. Die Ablesung der hierfür eingebauten Wasseruhren erfolgt in Zukunft durch die Stadtwerke, um zusätzlichen Arbeits- und Verwaltungsaufwand zu vermeiden. Die Verwaltungskosten, die von den Stadtwerken berechnet werden, haben die Betreiber der Regenwassernutzungsanlagen zu tragen.

Auf die Frage von Herrn Müller erklärt Herr Uellenberg anhand von Folien Artikel 1 der Satzung über die 11. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung), wonach bisher die, für eine Veranlagung maßgebliche Grundstücksseite von der Lage der Entwässerungsanlage (Kanal) abhängig war, und zukünftig eine Berechnung der Grundstücksgröße von der Erschließungsanlage (Straße) aus vorgenommen wird.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die 11. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung.

Abstimmungsergebnis:
Gebührenbedarfsberechnung
Kanalbenutzungsgebühren: einstimmig
Satzungsänderung Wasseruhren: 12 Ja-Stimmen (6 CDU, 5 SPD, 1 BM)

		3 Nein-Stimmen (2 UWG, 1 FDP)
Satzungsänderung	**Erhebung**	**12 Ja-Stimmen (6 CDU, 5 SPD, 1 BM)**
Kanalanschlussbeiträge:		**3 Nein-Stimmen (2 UWG, 1 FDP)**

6. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

Die Kosten für die Entsorgung der privaten Grundstücksentwässerungsanlagen steigen deutlich an. Ebenso ist ein Kostenanstieg bei den Unternehmerkosten zu verzeichnen, da die zu vergütenden Leistungseinheiten angestiegen sind. Eine weitere Verteuerung ist bei der Position Verschmutzerbeitrag an den Wupperverband zu verzeichnen.

Auch hier bemängelt Herr Rüggeberg den Anstieg der Unternehmerkosten und die Kosten, die für feste Gruben anfallen, da nach Frischwasserverbrauch abgerechnet wird.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Änderung der Gebührensatzung für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen (6CDU, 5 SPD, 1 BM)**
3 Nein-Stimmen (2 UWG, 1 FDP)

7. Änderung der Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern

Die Stadt Radevormwald ist verpflichtet, nach den Bestimmungen des Flüchtlings- und Landesaufnahmegesetzes eine bestimmte Anzahl von Asylbewerbern und Aussiedlern aufzunehmen. Hierfür erhält sie eine Erstattung nach dem Gesetz zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes/Landesaufnahmegesetz. Die Benutzungsgebühren für die Asylbewerberunterkunft sind kostendeckend zu erheben.

Aufgrund der Zuweisungsquote sind z.Zt. ca. 100 Asylbewerber untergebracht, die keine Selbstzahler sind. Für ca. 20 geduldete Asylanten erhält die Stadt keine Erstattungen und muss daher die Unterbringungskosten selbst tragen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Änderung der Satzung für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

8. Vorprüfung der Gültigkeit der Kommunalwahl vom 26.09.2004

Die Wahlergebnisse wurden nach entsprechender Prüfung durch den Wahlausschuss am 27.09.2004 ordnungsgemäß festgestellt. Einsprüche gegen die Kommunalwahl liegen nicht vor.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Gültigkeit der Kommunalwahl vom 26.09.2004 gem. § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

9. Änderung Hauptsatzung

Herr Meskendahl erläutert die vorgeschlagenen Änderungen der Hauptsatzung.

Die CDU-Fraktion beantragt, abweichend von diesen Vorschlägen die bisherige Regelung in § 13 Abs. 3 beizubehalten und bei der vorgeschlagenen Änderung zu § 13 Abs. 1 den letzten Satz („Bei Verträgen von einer Laufzeit von mehr als vier Jahren ist der 48fache Monatswert maßgebend“) zu streichen.

Der Hauptausschuss beschließt, dem Antrag der CDU-Fraktion zu folgen.

Abstimmungsergebnis: **1 Nein-Stimme (Bürgermeister)**
14 Ja-Stimmen (6CDU, 5 SPD, 2 UWG, 1 FDP)

Es wird anschließend im Ausschuss über die Frage diskutiert, wie mit unbefristeten Verträgen verfahren werden soll. Herr Dr. Korsten ist der Meinung, dass unbefristete Verträge mit geringen monatlichen finanziellen Leistungen, wie z.B. Handyverträge u.a., als laufende Geschäfte der Verwaltung gelten sollten. Auf Vorschlag von Frau Grüterich soll hierüber in der nächsten Ratssitzung entschieden werden, die Verwaltung wird um Vorlage eines beschlussfähigen Vorschlages gebeten.

Herr Enneper bittet die Verwaltung, bei der Überarbeitung der Änderungsvorschläge zu berücksichtigen, dass auch Einnahmen nur bis zu einer Höhe von 25.000 € als einfache Geschäfte der laufenden Verwaltung in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Änderung der Hauptsatzung ohne die abgelehnten Änderungsvorschläge zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

10. Bürgeranregung
hier: Eingabe der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP) vom 01.10.2004

Der Antrag wird bis zu nächsten Hauptausschusssitzung zurückgestellt.

11. Mitteilungen und Fragen

- Herr Dr. Korsten gibt bekannt, dass die Befragung wegziehender Bürger nicht mehr stattfinden konnte, da lt. Gesetzesänderung keine Abmeldungen mehr erforderlich sind. Bürger melden sich im neuen Wohnort an, der alten Wohnort erhält eine Rückmeldung.

- Herr Enneper schlägt vor, im Rahmen von Hartz IV 1 Euro-Jobs für Arbeiten in den Bereichen Sauberkeit oder Sicherheit in der Stadt anzubieten, z.B. durch die Ökumenische Initiative.

Herr Dr. Korsten regt an, geeignete Tätigkeiten aufzulisten, damit die Verwaltung der Agentur für Arbeit Vorschläge unterbreiten kann. Die Ökumenische Initiative hat bereits 40 Personen von Agentur zugewiesen bekommen.

- Herr Müller bemängelt den derzeitigen Zustand auf dem Bolzplatz in der Südstadt. Der Lautstärkepegel sei den Anwohnern kaum zuzumuten, des weiteren seien Bedrohungen gegenüber dem Hausmeister ausgesprochen worden.

Dieses Thema wird bereits im Jugendhilfeausschuss beraten.

- Des weiteren soll die Umleitungsbeschilderung wegen der Baustelle am Kreisverkehr Gewerbegebiet Ost überprüft werden, da es zu Beschwerden gekommen sei.

- Herr Schäfer bittet um Prüfung, ob durch entsprechende Schaltung der Telefonanlage ermöglicht werden kann, in der Zentrale des Rathauses eingehende Telefongespräche auch in Außenstellen, z.B. Jugendamt, zu verbinden. Außerdem sollte die Verteilung der Touristik - Broschüre verbessert werden.

- Frau Huckenbeck stellt fest, dass die Außenanlagen vor der Post besser gepflegt werden sollten.

- Ebenso bemerkt Frau Huckenbeck, dass Sperrmüll auch an den Schulen nicht vor dem Wochenende an die Straße gestellt werden sollte.